

NZZ am Sonntag

Energieversorgung

Ein Alleingang der Schweiz ist eine Illusion

Ein Bericht des Bundesrates zeigt: Schafft es die Schweiz weiterhin nicht, ein Abkommen mit der EU abzuschliessen, könnte der Strom bald knapp werden. Vertreter der Energiebranche legen nun einen Vorschlag vor, um die Situation langfristig zu entschärfen. Sie wollen über die nächsten Jahre und Jahrzehnte Hunderte kleiner Gaskraftwerke errichten, die im Notfall einspringen können. Ziel ist es, diese Anlagen raschestmöglich mit Biogas zu betreiben, das etwa aus Grünabfällen gewonnen wird. Längerfristig lassen sich Brennstoffe wie etwa Wasserstoff einsetzen, die mit Wind- und Solarstrom hergestellt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass wir nicht eine Abhängigkeit gegen eine noch schlimmere eintauschen: Jene von der EU gegen jene von Putins Wille, genug Gas nach Europa zu liefern. Allerdings werden wir künftig auch einen guten Teil der umweltfreundlichen Brennstoffe importieren müssen. Die derzeitige Energiekrise sollte uns darum etwas lehren: Die Schweiz wird weiter aufs Ausland angewiesen sein. Die Autarkie bleibt eine nicht finanzierbare Schimäre. Aufgabe der Energiepolitik ist es, die mit der Auslandsabhängigkeit verbundenen Risiken so klein wie möglich zu halten. Das Konzept für den Bau kleiner Gaskraftwerke ist dafür ein pragmatischer Ansatz, der eine Chance verdient. *Jürg Meier*

Deutschland

Eine Koalition der rohen Eier findet zueinander

«Vertieftes Sondieren» haben die voraussichtlichen Regierungspartner in Deutschland ihre gemeinsamen Sitzungen genannt. So viel Behutsamkeit und gegenseitigen Respekt legen Grüne, Liberale und Sozialdemokraten bei öffentlichen Auftritten an den Tag, dass man glauben mag, ihre Gespräche hinter verschlossenen Türen seien in Wahrheit eine Art gruppentherapeutische Treffen, wo die Teilnehmer ihre wichtigsten politischen Anliegen vortanzen und sich anschliessend erzählen, wie sie sich dabei fühlten. Kein Ampel-Bündnis, sondern eine Koalition der rohen Eier scheint hier zu entstehen. Die Psychologie ist schnell erklärt: Erstmals wollen drei Parteien eine deutsche Regierung bilden, das kompliziert die Sache. Und in dieser Ménage-à-trois sind ausgerechnet die zwei gegensätzlichen Parteien - die Grünen und die FDP - der Motor. Jeder hat Abstriche an seinen Forderungen gemacht und im Gegenzug etwas erhalten: Mindestlohn und Kohleausstieg, dafür kein Tempolimit und keine Vermögenssteuer. Auf dieser Basis soll die Ampel-Koalition funktionieren. Ob die neue Behutsamkeit die Tagespolitik überlebt, ist fraglich. Man kann keine Omelette backen, ohne Eier zu zerschlagen. *Markus Bernath*

Operation Libero

Fehlende Demokratie

Die Operation Libero sieht sich gerne als offene, liberale und fortschrittliche Bewegung - als *Community*, wie sie es nennt. Stark ist darum der Kontrast zum eigenen Handeln: Über Nacht hat der Vorstand die grünliberale Sanija Ameti zur neuen Co-Präsidentin ernannt. Demgegenüber entscheiden bei jeder etablierten politischen Partei die Delegierten. Es erstaunt, dass ausgerechnet die Bestimmung des neuen Libero-Aushängeschildes nicht genau so demokratisch erfolgte. So bleibt offen, ob die *Community* wirklich eine Frau an ihrer Spitze will, die selber auch parteipolitisch aktiv ist. Künftig werden wohl einige die Liberos nicht mehr durch die rosa Brille anschauen, sondern mit einem grünliberalen Mäntelchen wahrnehmen. *René Donzé*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Die Banken können das Klima nicht retten

Der Druck auf die Finanzbranche steigt, mit Kreditvergaben nach moralischen Kriterien die Welt zu verbessern. Diese Aufgabe fällt indes nicht der Ökonomie zu, sondern der Politik, **findet Peter V. Kunz**

Neue gesellschaftliche Themen bewegen nicht nur Politiker und Medien, sondern auch die Wirtschaft. Das gilt für den Umweltschutz ganz allgemein und für die Klimakrise im Besonderen. Neue Kürzel kommen in Mode, so etwa die ESG (Environmental Social Governance), die als Kategorie dient, um die CSR (Corporate Social Responsibility) eines Unternehmens zu beurteilen. Die Firmen verhalten sich natürlich dabei nicht uneigennützig. Gerade in der Finanzbranche kann mit diesen neuen Trends gutes Geld verdient werden.

Beliebt bei Anlegern sind zum Beispiel «Green Bonds», deren Erlöse zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten verwendet werden, sowie «ESG Investments». Die Unternehmungen sind jedoch nicht immer überzeugt von ihrem eigenen Engagement, dann lassen sie sich ein grünes Mäntelchen umhängen («Greenwashing»). Ihre PR-Abteilungen sind dann damit beschäftigt, das Trennende zwischen Realität und Lippenbekenntnis zu verwedeln. Es kann nicht bestritten werden, dass zunehmend eine Ökologisierung der Ökonomie stattfindet.

Dass die Wirtschaft Umweltzerstörungen verursachen kann, dürfte heute wohl jedermann begriffen haben, selbst die Mitglieder der «Flat Earth Society». Wir alle sind entsetzt, wenn in der «Tagesschau» ökologische Schädigungen gezeigt werden (Kohlekraftwerke in Deutschland, Staudämme in China, Abholzungen im Amazonasgebiet), und zwar selbst dann, wenn sie ökonomisch begründbar sind. Eine Korrektur dieser Schäden erscheint darum vielen dort besonders erfolgversprechend, wo die Finanzierung der Projekte erfolgt, also bei den Banken.

Die ökologische Bewertung der Kreditvergabe zeigt sich heute im Grenzbereich der Freiwilligkeit, er dürfte aber in naher Zukunft - begleitet von medialer Unterstützung - erheblich zunehmen. In der Klimadebatte werden Banken vermehrt durch teils aktivistische Organisationen wie «Rise up for

Change» unter Druck gesetzt, ihre Kreditaktivitäten ökologisch zu fokussieren, nach dem Motto: «Kein Geld für Umwelt- und Klimasünder». Was ist von solchen Forderungen zu halten? Oder anders gefragt: Sollen die Banken das Klima retten?

Politisch korrekt - und vermutlich mit dem Applaus vieler Medien verbunden - wäre nur eine Antwort der Banken («Ja, natürlich»), selbst wenn das aktuelle Recht dies (noch) nicht zwingend vorschreibt. Möglich ist dies heute immerhin durch Selbstregulierungen; in Deutschland etwa haben letztes Jahr 16 Banken eine Selbstverpflichtung unterzeichnet, wonach sie den Klimaschutz bei ihren Finanzierungen berücksichtigen wollen, und einige Schweizer Banken publizierten eigene Klimastrategien. Doch passt das wirklich?

Banken haben bei ihren Darlehensvergaben, natürlich nebst der eigenen Reputation, zwei traditionelle Kriterien im Auge zu behalten: auf der einen Seite das Ausfall-

risiko des potenziellen Kreditnehmers sowie auf der anderen Seite die Gesetzeskonformität der Finanzierung (als zentral erweisen sich daher das «Risk Management» und die «Legal Compliance»). Beide Kriterien sind komplex und kostenintensiv, was wichtig scheint, weil die Banken keine Wohlfahrtsunternehmen sind, vielmehr gilt: «The Business of Business is Business».

Ethisch entscheiden zu wollen, was unter gesellschaftlichen Aspekten gut (Kredit: ja) oder schlecht (Kredit: nein) qualifiziert wird, übersteigt eindeutig die Kompetenzen von Banken, die ohnehin keine Sozialkontrolle vornehmen sollten. Den ausschlaggebenden Massstab für Banken sollte allein das Recht geben, da sonst die Vorhersehbarkeit und Planbarkeit von Finanzierungen und nicht zuletzt die Rechtssicherheit leiden würden.

Ausserdem: Welche ökologischen und sozialen Kriterien sollten als Grenzen für Bankdarlehen gelten? Sollen eine Klimastrategie oder ein maximaler ökologischer Fussabdruck eines allfälligen Darlehensnehmers den Ausschlag geben? Oder soll die Bank beim potentiellen Kreditnehmer berücksichtigen, ob alle Geschlechter adäquat im Verwaltungsrat vertreten sind? Oder ob ein über das Gesetz hinausgehender grosszügiger Elternurlaub gewährt wird? Ist die Möglichkeit von Teilzeitarbeit ein Kriterium für die Kreditvergabe? Meine Antwort lautet: Nein, Banken können und sollen keine ESG-Moralpolizei sein.

Das Einprägen auf Banken scheint seit einigen Jahren ein beliebtes Thema der Politik, der Medien sowie der Zivilgesellschaft zu sein. Das kann bei den leider allzu häufigen Gesetzesverletzungen auch durchaus angebracht sein. Darüber hinaus bestehen indes keine weitergehenden (moralischen) Pflichten. Das Ziel der Banken muss, etwas trivialisiert, die Rendite sowie die Legalität ihrer Tätigkeiten sein. Banken sind hingegen keine Retter des Weltklimas, diese Aufgabe hat in erster Linie die Politik wahrzunehmen - und wir alle!

Peter V. Kunz



Peter V. Kunz, 56, ist ordentlicher Professor für Wirtschaftsrecht und für Tierrecht an der Universität Bern. Sein Spezialgebiet ist das Aktienrecht. Kunz war von 2015 bis 2020 auch Dekan der juristischen Fakultät. Ausserdem wirkt er als geschäftsführender Direktor am Institut für Wirtschaftsrecht der Universität Bern.